



## Volker Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

und menschenrechtspolitischer Sprecher

der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Volker Beck, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

### An den Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Herrn Andreas Storm, MdB

per Hauspost

#### Bundestagsbüro

Postanschrift:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 71 511

Fax: (030) 227 - 76 880

Email: volker.beck@bundestag.de

Hausanschrift:

Dorotheenstraße 101

Jakob-Kaiser-Haus 5

10117 Berlin

#### Regionalbüro

Ebertplatz 21-23

50668 Köln

Tel: (0221) 720 14 55

Fax: (0221) 72 22 78

#### Internetadressen

[www.volkerbeck.de](http://www.volkerbeck.de)

[www.twitter.com/Volker\\_Beck](http://www.twitter.com/Volker_Beck)

Berlin, 23.06.2010

fb

**Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn u.a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Einsetzung einer Regierungskommission für Konzepte gegen Altersarmut“, Bundestagsdrucksachen 17/1830, 17/1935**

Ihr Schreiben vom 03.06.2010

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

mit Schreiben vom 03.06.2010 leiteten Sie meiner Fraktion die Antwort der Bundesregierung auf die o.g. Kleine Anfrage zu. Darin verweisen Sie in der Vorbermung auf den Koalitionsvertrag und auf die noch einzusetzende Regierungskommission, eine Beantwortung der einzelnen Fragen erfolgt indes nicht.

Ich will nicht grundsätzlich beanstanden, dass die Bundesregierung Fragen im Sachzusammenhang beantwortet. Diese Art der Beantwortung darf jedoch nicht dazu dienen, eine inhaltliche Antwort auf die Fragen dadurch zu vermeiden, dass völlig unklare und unbestimmte Aussagen gemacht werden. Dies gilt umso mehr, als die meisten in der Kleinen Anfrage enthaltenen Einzelfragen ohne Weiteres beantwortet werden können. Im Einzelnen:

Zu Fragen 1 - 7: Die Fragen zielen auf die Einholung von Fakten, nicht auf eine inhaltliche Bewertung. Beispielsweise bei Frage 1, in

der danach gefragt wird, ob die Vorarbeiten der Einsetzung der Kommission abgeschlossen seien und wenn nicht, wie der Stand der Vorarbeiten sei. Hier ist nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung nicht konkret antworten könnte. Die Fragestellung ist – entgegen der Behauptung in der Vorbemerkung der Bundesregierung – weder vielfältig noch komplex, sondern lässt eine einfache Beantwortung zu. Dies gilt umso mehr, als sich die Bundesministerin für Arbeit und Soziales bei einem Treffen mit Vertretern katholischer Verbände aus dem Bistum Münster am Dienstag, den 04.05.2010 in Berlin dahingehend geäußert hat, dass in den nächsten Monaten die Expertenkommission eingesetzt werde (Quelle: [http://kirchensite.de/aktuelles/bistum-aktuell-news/datum/2010/05/05/gemeinsam-gegen-altersarmut/](http://kirchensite.de/aktuelles/bistum-aktuell/bistum-aktuell-news/datum/2010/05/05/gemeinsam-gegen-altersarmut/)).

Gleiches gilt für die Beantwortung der Fragen 2 bis 7. Die entsprechenden Fragen deuten auf keine vielfältigen und komplexen Sachverhalte hin.

Die Bundesregierung verstößt mit ihrer Antwortverweigerung gegen ihre grundgesetzliche Verpflichtung, parlamentarische Fragen inhaltlich vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten.

Fragen 9 – 15, 19 Die Fragen betreffen verschiedene Gegenstände, die die Kommission prüfen soll, verschiedene Prämissen, die den Prüfungen zugrunde gelegt werden sollen und die Verbindlichkeit der Ergebnisse der Kommission. Nun ist es zwar vorstellbar, dass sich einzelne Aspekte aufgrund der noch ausstehenden Meinungsbildung der Bundesregierung nicht beantworten lassen, wahrscheinlich ist dies vor dem Hintergrund der oben zitierten Äußerung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales indes nicht. Daher hätte die Bundesregierung ihre Nichtantwort zumindest detailliert darlegen und begründen müssen. Bei der „Beantwortung“ der Fragen auf die allgemein gehaltene Vorbemerkung zu verweisen, ist jedenfalls völlig inakzeptabel.

Fragen 8, 16 - 18: Der Verweis auf die Vorbemerkung führt auch bei der „Beantwortung“ der Fragen 8 und 16 bis 18 in die Irre. Die

Bundesregierung wird damit ihrer Beantwortungsverpflichtung in keiner Weise gerecht: Gefragt wird nach dem Inhalt von Begriffen und Wendungen, die die Bundesregierung in ihrer Antwort selbst verwendet („wirtschaftliche und demografische Strukturen“, „ein Leben lang Vollzeit gearbeitet“, „Alterseinkommen“ und „faire Anpassungsregel“). Aus diesem Grund müsste sie auch in der Lage sein zu umschreiben, mit welchen Inhalten sie die von ihr verwandten Begriffe belegt.

Vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlich garantierten Interpellationsrechts und den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Thema bitte ich Sie namens und im Auftrag meiner Fraktion nachdrücklich, die Kleine Anfrage inhaltlich vollständig und zeitnah zu beantworten.

Eine Kopie dieses Schreibens habe ich dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Volker Lang".